

Orte, in denen nur Einzelmitglieder vorhanden waren, so erstreckten sich die hier erfassten Firmen bzw. Betriebe auf rund 300 Orte, die mit Ausnahme von den bereits erwähnten Einzelmitgliedern in Karlsruhe und Würzburg sämtlich auf Norddeutschland entfallen. Unter Berücksichtigung der eingangs erwähnten Gründe für die größeren Differenzen in den Angaben des Innungs-Bundes und unserer Feststellungen ergibt sich, daß von den 12—1300 in Frage kommenden Betrieben der Innungsbetriebe rund vier Fünftel von unserer Statistik erfaßt sind. Man kann also sagen, daß nur ein Fünftel der Betriebe mit Gehilfen an unseren Feststellungen fehlen. Nimmt man jedoch die Gesamtzahl der Betriebe, die nur in der Innung organisiert sind, also auch jene, die nur Lehrlinge oder überhaupt kein fremdes Personal beschäftigen, so dürfte allerdings kaum die Hälfte der Betriebe von dieser Statistik erfaßt worden sein. Doch sind diese Betriebe im allgemeinen so bedeutungslos, daß sie für uns nur wenig oder gar nicht in Frage kommen.

Gewerkschaftler, organisiert eure Kaufkraft.

Der Genossenschaftsgedanke hat im Laufe der Jahre erfreulichweise auch in den Gewerkschaftskreisen immer tiefere Wurzeln geschlagen. Dennoch kann das vorliegende Ergebnis nicht denjenigen befrichtigen, der eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur dann für möglich hält, wenn an Stelle der bisherigen regellosen Profitwirtschaft die gemeinnützige Bedarfsdeckungswirtschaft zur vorherrschenden Wirtschaftsform geworden ist.

In der Vorkriegszeit haben sich wiederholt die deutschen Arbeiterparlamente mit Konsumgenossenschaftstragen beschäftigt. Erwähnenswert sind insbesondere der Kölner Gewerkschaftscongrès 1905 und der Hamburger Gewerkschaftscongrès 1908. Der letztere unterrichtete noch einmal den Beschluß von 1905, nach dem jedes Gewerkschaftsmittglied verpflichtet ist, die Genossenschaftsbewegung durch seinen Beitritt zu den Konsumvereinen und durch Propagierung der genossenschaftlichen Idee aufs tatkräftigste zu unterstützen. Die erfreuliche Aufwärtsentwicklung spricht dafür, daß dieser Appell nicht ohne Wirkung blieb, wie folgende Gegenüberstellung aus der Entwicklungsgeschichte des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine ergibt. Dieser hatte:

Jahr	Mitgliederzahl	Beschäftigte	Gesamtumsatz	Eigenverbrauch
			1912	1912
1905	718 332	9 587	230 555 260	20 878 598
1910	1 169 723	18 743	429 391 261	64 856 248
1914	1 705 022	30 144	691 404 552	129 255 651
1920	2 724 704	40 498	4 233 188 535	560 907 353

Beachtet man dabei, daß inzwischen die Zahl der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaftsmittglieder auf zirka 8 Millionen angewachsen ist, dann erscheint die Zahl der im Zentralverband deutscher Konsumvereine vereinigten Mitglieder von zirka 3 Millionen verhältnismäßig gering. Die britische Arbeiterchaft hat schon seit langem und in erheblich größerem Maße den Wert und die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung erkannt, verfügen doch die englische und die schottische Großverkaufsgesellschaft über nicht weniger als 181 eigene Fabriken und umfangreichen Kolonialbesitz in fast allen Erdteilen. Trotz der erheblich geringeren deutschen Genossenschaftserfolge fordert erneut die deutsche Händlerpresse ihre Standesgenossen zum Kampfe auf gegen die aufblühende Konsumvereinsbewegung, indem sie schreibt, daß bereits ein Viertel der deutschen Bevölkerung konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Konsumvereine und ihre Bestrebungen müßten mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpft werden!

Im trassen Widerspruch zu dem Kampfruf der sich bedrängt fühlenden Krämerseelen stehend, finden wir in der Zeitschrift „Die Menschheit“ einen Artikel, betitelt „Die Entente und wir“, in welchem Freiherr v. Herman, Legationsrat a. D., schreibt: „Schließt euch doch endlich zusammen, ihr deutschen Werktätigen, in eurer Eigenschaft als Verbraucher! Tragt als in Massen organisierte Verbraucher in eure Genossenschaftsläden die Millionen und Milliarden, die ihr bei Zehntausenden von Krämeren unnütz verzettelt! Sorgt in euren rein demokratischen Konsumgenossenschaften

dafür, daß deren Eigenproduktion mit doppelter und dreifacher Beschleunigung emporschnelle! An den auf der Grundlage des organisierten Verbrauchs rasch entstehenden Genossenschaftsfabriken werdet ihr die systematische Ordnung, die den bisher vollkommensten Organisation in die eigene Hand nehmen. Praktische Beispiele des genossenschaftlichen Wollens und Könnens liefert bereits der Zentralverband und die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, die mit ihren mehr als 1300 angeschlossenen Genossenschaften jetzt schon Milliardenumsätze erzielen und gemeinwirtschaftlich und im großen Maßen erzeugen. Um Größeres zu erreichen, dazu gehört: Der Entschluß der vielen zum einmütigen Handeln!“

Der Wille zur Tat ist vorhanden und die Ausdehnung der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung und Verteilung liegt im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaften!

Zur Aufbringung der notwendigen Mittel hat die Großverkaufsgesellschaft eine Obligationsanleihe aufgelegt in Form von Zeitschuldverschreibungen, die in Stücken von 500 Mk., 1000 Mk., 5000 Mk. und 10 000 Mark bei einer Verzinsung von 5 1/2 Proz. herausgegeben werden. Prospekte sind in allen Konsumvereinen des Zentralverbandes zu haben oder einzufordern von der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52.

Gewerkschaftler! Liefert eure verfügbaren Gelder nicht dem Profitkapital aus, sondern stellt diese eurer eigenen Genossenschaftszentrale für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung. Beweist durch die Tat, daß ihr ernstlich gewillt seid, den praktischen Sozialismus zu fördern!

Internationales.

Oesterreich. Die Entlohnung unserer Wiener Kollegenschaft ist durch einen vom 3. Oktober abgeschlossenen Zusatzvertrag zu den seither geltenden Bestimmungen neu geregelt worden. Der Gesamtmindestlohn beträgt jetzt ab 3. Oktober:

f. r. Gehilfen im 1. Jahre . . .	1657 Kr. pro Woche
„ „ 2. „ . . .	1975 „ „
„ „ 3. „ . . .	2611 „ „
vom Beginn des 4. Jahres an . . .	3498 „ „
Spezialarbeiter im 1. Jahre . . .	1724 „ „
„ „ 2. „ . . .	2109 „ „
„ „ 3. „ . . .	2795 „ „
vom Beginn des 4. Jahres an . . .	3623 „ „
Rastrierer im 1. Jahre . . .	1995 „ „
„ „ 2. „ . . .	2400 „ „
„ „ 3. „ . . .	3036 „ „
vom Beginn des 4. Jahres an . . .	3836 „ „
Arbeiterinnen im 1. Halbj. . .	770 „ „
„ „ 2. „ . . .	1021 „ „
„ „ 3. „ . . .	1306 „ „
„ „ 4. „ . . .	1615 „ „
nach zweijährig. Berufstätigkeit . . .	1983 „ „
Spezialarbeiter. im 1. Halbj. . .	837 „ „
„ „ 2. „ . . .	1089 „ „
„ „ 3. „ . . .	1423 „ „
„ „ 4. „ . . .	1832 „ „
nach zweijährig. Berufstätigkeit . . .	2050 „ „

Die jetzt neu gegebenen Zulagen bewegen sich zwischen 357 und 816 Kr. pro Woche für Gehilfen und zwischen 170 und 450 Kr. pro Woche für Arbeiterinnen. Gegenüber den österreichischen Verhältnissen sind die Zustände in Deutschland fast noch gute zu nennen. Aber wie lange noch?

Jugoslawien. Die Kollegenschaft des graphischen Industrieverbandes in Jugoslawien steht im Kampf. Die Unternehmerschaft hat den Arbeitsvertrag gekündigt. Jugoslawien bleibt bis auf weiteres für unsere Berufe gesperrt. Es darf dort unter keinen Umständen Stellung angenommen werden ohne die Zustimmung durch das Sekretariat des Verbandes in Zagreb Primorska ulico 2.

Schweden. Die Unternehmer in Schweden haben unserer Kollegenschaft den Arbeitsvertrag gekündigt. Schweden bleibt bis auf weiteres für unsere Berufe gesperrt.

Nichts schmerzt so sehr wie sehgeschlagene Erwartungen, aber gewiß wird auch durch nichts ein zum Nachdenken fähiger Geist so lebhaft wie durch sie erweckt, die Natur der Dinge und seine eigene Handlungsweise zu erforschen, um die Quelle seiner irdigen Vorursetzungen zu entdecken und womöglich künftig richtiger zu sehen.

Benjamin Franklin.

Berichte.

Bielefeld. In unserer am 28. Oktober stattgefundenen Generalversammlung gab Hoff den Bericht vom 3. Quartal. Redner streift mit knappen Worten alle Vorkommnisse im letzten Vierteljahr, im Vordergrund stand jedoch, wie immer, das Bestreben, die Kollegenschaft bei der rapid ansteigenden Leuerung vor der gänzlichen Verelendung zu bewahren. Unsere Versuche um Erlangung der Industriezulage hatten bis jetzt vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß das ungerechte Ergebnis von 10 bis 20 Mk. wöchentlich Zulage. Wir erwarten bestimmt, daß die weiteren Verhandlungen in Eibersfeld uns endlich zu unserem Recht kommen lassen. Der Mitgliederstand hat sich um 18 vermehrt, es sind 236 männliche und 831 weibliche, zusammen 1067 Mitglieder vorhanden. Den Kassenbericht gab Hergt. Die Hauptkasse bilanziert mit 42698,10 Mk. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 11693,87 Mk. Dann wurde Klage geführt über das Verhalten der Firma Gehring, die die billige Arbeitskraft eines jungen Lehrlings ausnützt und denselben monatlang dauernd an der Fabrikmaschine beschäftigt. Wie im vorigen Winterhalbjahr, so sollen auch jetzt wieder einige interessante Vorträge gehalten werden, deren Kosten die Lokalkasse übernimmt. Auch werden die besonders für unsere Lehrlinge eingerichteten Vortragsabende nunmehr ihren Fortgang finden.

Dresden. Am 26. Oktober fand eine Mitglieder- versammlung statt, in der Dr. Ulrich über „Arbeiter- schaft und Volksbildung“ sprach. Die interessantesten Ausführungen lösten eine anregende Debatte aus. Darauf gab Scheibe den Bericht über das abgelaufene Quartal. Eine Lohnbewegung jagte die andere. Neben der Durchführung der Lohnabkommen des „Api“ und des „Adde“ gingen Verhandlungen der Zigaretten- fahrtbranche und der Lugsuspapierbranche. Jedoch, die Verträge sind kaum unterschrieben, so muß man erkennen, daß der Leuerungswelle gegenüber das Erreichte schon wieder unzulänglich ist. Von der Aus- sperrung in der Metallindustrie waren 134 Kollegen und Kolleginnen betroffen, hauptsächlich aus der Photobranche. Zu einem kurzen Streik kam es im Kartonagenbetrieb von Sachs u. Co., die sich die Ausbildung (soll heißen: Ausbeutung) von Lehrling- mädchen ganz besonders angelegen sein läßt. Die reichhaltig geregelten Löhne für fernende Facharbeiterinnen umgibt diese Firma durch zwei Jahre laufende Lehrverträge. Leider erfährt die Organisation erst dann, wenn die Unterschritten bereits vollzogen sind. Eine Anzahl jugendliche Arbeiterinnen, deren Eltern diese Verträge nicht unterschreiben wollten, wurden furchterhand hinaus- geworfen. Nach Eingreifen der Organisation konnte dieser eigenartige Streik noch am selben Tage beendet werden, indem die Arbeiterinnen wieder eingestellt wurden. Befriedigt wie bei dieser liegt es noch bei mancher anderen in letzter Zeit aufgetauchten Firma und die Kollegenschaft in der Kartonagenindustrie hat allen Anlaß, solche Mißstände auszurotten.

Im ganzen Quartal fanden 14 Verhandlungen mit Arbeitgeber statt; ferner 19 Betriebsversamm- lungen, 11 Branchen- und Vertrauenspersonenver- sammlungen ufm. Die nachvolle Demonstration der Dresdener Arbeiterchaft gegen die alldäuische Warb- propaganda fand auch unsere Kollegenschaft auf dem Posten; einige Betriebe demonstrierten geschlossen in dem Riesenmzug. Aus dem Kassenbericht des Kol- legen Hoff sei erwähnt, daß die Zusperzung unserer Mitglieder in der Metallindustrie 30 193 Mk. an Un- terstützung erforderte. Auf eine Anfrage, warum der in einer früheren Versammlung angenommene Be- schluß, bei einem Streik Extrabeiträge zu erheben, nicht durchgeführt wäre, wurde von verschiedenen Rednern festgestellt, daß dieser Beschluß nur bei einem Streik von größerem Umfang Geltung habe. Kollege Lange wurde von den Kollegen aus den Buch- bindereien und Buchdruckereien beauftragt, bei den Verhandlungen in Weimar mit Entschiedenheit für eine angemessene Erhöhung der Löhne einzutreten. Lange erwiderte, daß auch bei diesen Verhandlungen, wie schon bei den früheren, von seinen des Tarifaus- schusses alles getan werden würde, um der Kollege unserer Mitglieder gerecht zu werden. Gröpel weist darauf hin, daß auch im Steindruckgewerbe neue Ver- handlungen bevorstehen. Er fordert, dahin zu wirken, daß das Buchbindereipersonal nicht leer ausgeht. Scheibe teilte mit, daß nun endlich der Streikfall mit der Firma Reichel u. Sohn erledigt ist. Die Firma wurde verurteilt, zirka 600 Mk. Lohn nachträglich auszugeben, sie gibt aber ihrem Orol durch eigen- artige Anschläge in den Betriebsräumen Ausdruck. Der Streikfall mit der Firma J. B. Schulze, der beim Tarifamt anhängig war, ist ebenfalls beendet worden, indem sich die Firma bereit erklärte, die bestrittene Wirtschaftsbeihilfe nachzugeben. Auch hier handelt es sich um ungefähr 3000 Mk.

Zum Schluß erwähnte noch Hiebert das vom Bildungsausschuß für das Winterhalbjahr aufgestellte

Programm für die Bildungsarbeit unter den Jugendlichen beiderlei Geschlechts. Er fordert die Anwesenden auf, den Bildungsausschuss bei seinen Bemühungen tatkräftig zu unterstützen.

Danlg. Nach einer drei Monate langen tariflosen Zeit konnte auch hier wieder ein Tarif mit der Buchbinderinnung abgeschlossen werden. Nachdem der letzte, im Januar zustandgekommene und im März wieder gekündigte Tarif mit einigen Lohnerhöhungen verlängert wurde, mußte er wegen der fortschreitenden Teuerung im Juni wieder gekündigt werden. Die Innung lehnte jede Verhandlung auf der Grundlage unserer Forderungen ab und die Kollegenschaft sah sich gezwungen, betriebsweise vorzugehen. Es wurden auch in einigen Betrieben nennenswerte Aufbesserungen erreicht, aber aus Rücksicht auf die Schmutzkonkurrenz in einigen anderen Betrieben sah sich die Ortsverwaltung genötigt, wieder um Verhandlungen mit der Innung nachzugehen. Die gestellten Forderungen bewegten sich in Höhe der den Buchdruckern resp. den Druckereianlegerinnen gezahlten Löhne. Die Innung glaubte sich um eine Verhandlung drücken zu können und machte uns ein Angebot, das um circa 50 Mkt. für Gehilfen und 45 Mkt. für Arbeiterinnen hinter unseren Forderungen zurückblieb. In einer Branchenversammlung wurde das Angebot fast einstimmig abgelehnt. In der nunmehr stattgefundenen Verhandlung am 24. und 25. Oktober kam eine Vereinbarung zustande, die einer am selben Abend berufenen Branchenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Allgemein wurde das geringe Entgegenkommen der Innung kritisiert, doch wurde schließlich das Angebot gegen vier Stimmen angenommen. Die neuen Lohnsätze belaufen sich bis auf 330 Mkt. für Verheiratete nach dem vierten Gehilfenjahre und für Arbeiterinnen bis auf 165 Mkt. Außerdem wurde die Ferienbezahlung von 9 auf 12 Tage erhöht.

Unsere Kollegen und Kolleginnen müssen jetzt alles daransetzen, um auch den letzten Berufsangehörigen der Organisation zuzuführen, damit eine einheitliche und geschlossene Macht der Rückständigkeit der Innung entgegengekehrt werden kann.

In der Zigarettenbranche wurde nach wochenlangen Verhandlungen durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ab 1. September ein Aufschlag von 7 Proz. und ab 1. Oktober von 15 Proz. für Arbeiterinnen und von 10 Proz. für Mäntliche erreicht. Hier betragen jetzt die Löhne bis zu 170 Mkt. für Arbeiterinnen und bis zu 339 Mkt. für Gehilfen. Auch diese Löhne reichen noch lange nicht an das heran, was zum notwendigen Lebensunterhalt gebraucht wird. An der Kollegenschaft wird es liegen, sich zu gegebener Zeit das zu holen, was zum Leben gebraucht wird.

Frankfurt a. M.-Offenbach. In der am 1. November stattgefundenen Generalversammlung erstatteten die Kollegen Weg und Hirsche den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Mitgliederzahl stieg von 1447 auf 1517. Ortloff erstattete den Kartellbericht, wobei allgemein bebauert wurde, daß die Wirtschaftsräume des Gewerkschaftshauses für die Folge zu Geschäftszwecken Verwendung finden sollen. Eher hätte man sich dazu entschließen sollen, einen laufenden Wochenbeitrag von 10 Pf. zur Erhaltung des Hauses aufzubringen.

Ueber die Reichshofnarischen Verhandlungen im Buchbindergewerbe berichtete Reg. In der nachfolgenden Diskussion wurden mancherlei interessante Dinge erwähnt und ermahnt, überall auf die Durchführung der tariflichen Bestimmungen zu achten.

Hamelns a. d. Weser. In einer am 21. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe berichtete Gauleiter Kornacker über den neuen Lohnabschluß für die hiesige Papierwarenfabrik. Der Tarif ist mit vierwöchiger Kündigungsfrist jederzeit kündbar. Nach längerer eingehender Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß die Löhne angesichts der fortschreitenden Verteuerung der Lebenshaltung kaum längere Zeit ausreichend sein würden, erklärte sich die Versammlung mit dem Tarifabschluß einverstanden.

Wanfried a. d. Werra. In unserer am 24. Oktober stattgefundenen Generalversammlung gab Fentner den Kassenbericht vom dritten Quartal. Der Mitgliederbestand beträgt 61 männliche und 54 weibliche. Dann referierte Gauleiter Kornacker über Aufbau und Aufgaben der Gewerkschaften. Er empfahl, die örtlichen Bestrebungen auf Bildung eines Ortsausschusses des ADGB nach Kräften zu unterstützen. Ferner berichtete Kornacker über die in letzter Zeit stattgefundenen zentralen Tarifverhandlungen und führte die Schwierigkeiten vor, die der Tarifabschluß zu überwinden hatte.

Literarisches.

Arbeiter-Monatskalender 1922. Verlag Buchhandlung Bornhardt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Preis für Parteimitglieder 4 Mkt., sonst 4,50 Mkt.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Rickards, Berlin S. 50, Urbanstr. 63 L. Druck Bornhardt Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Abrechnung vom Streik der Vertikale Priester & Co., Berlin.

Table with columns for Einnahmen (Aus der Zentralkasse, Lokalkasse) and Ausgaben (2 verheiratete Arbeiter, 17 Arbeiterinnen, 8 Kinder). Total sum 1033,25 Mkt.

Abrechnung vom Streik der Musikmacher in der Textilindustrie, Berlin.

Table with columns for Einnahmen (Aus der Zentralkasse, Lokalkasse) and Ausgaben (7 verheiratete Arbeiter, 2 ledige Arbeiter, 5 Kinder). Total sum 727 Mkt.

Abrechnung der Aussperrung in der Zigarettenindustrie, Berlin.

Table with columns for Einnahmen (Aus der Zentralkasse, Lokalkasse) and Ausgaben (10 verheiratete Arbeiter, 4 ledige Arbeiter, 139 Arbeiterinnen, 20 Kinder). Total sum 21977,50 Mkt.

Berlin, den 7. September 1921.

Franz Whtomski, Kassierer.

Die Revisoren:

Paul Jenner, Wilh. Hilbrandt, Rinna Bürger, Paul Wittig.

Abrechnung vom Streik bei der Firma Hugo Westhorn in Magdeburg.

Table with columns for Einnahmen (Von der Hauptkasse, Aus der Lokalkasse) and Ausgaben (An 2 verheiratete Arbeiter, 5 ledige, 84 Arbeiterinnen, sonstige Ausgaben, 8 Kinder). Total sum 7418,41 Mkt.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 7. November bei der Verbandskasse ein von:

- List of contributions from various locations: Frankfurt a. d. O., Odenburg, Schwerin, Brandenburg, Gau Hannover, Dortmund, Lüdenscheid, Solingen, Wald, Glatbach, Neuwed, Pörsch, Gau Hessen, Pörsch, Dortmund, Gau Thüringen, Gau Thüringen, Limbach, Zittau.

Die nach dem 1. Oktober abgeforderten Beträge kommen erst in der Abrechnung vom 4. Quartal zur Verrechnung.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Juda. B.: Fr. Kandler, Schildstr. 20; K.: J. Döring, Kl. Marktstr. 5 111. Glogau: B.: Frh. Koyte, Jesuitenstr. 11 III r.; K.: G. Koblitz, Preußische Str. 7 p. Jümenau i. Thür.: B.: Alb. Wimmer, Mühlentstr. 7; K.: H. Apel, Neuhaus 9.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Der Vorstand und Aufsichtsrat der Kasse haben übereinstimmend beschlossen, den Abgeordneten der letzten ordentlichen Generalversammlung, deren Mandat bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung Gültigkeit hat, eine den Verhältnissen entsprechende Neuregelung der Beitrags- und Leistungsfrage zur Abstimmung zu unterbreiten.

Die Vorlage ist den Verwaltungsstellen mittels Rundschreiben vom 25. Oktober bekanntgemacht worden. Sie enthält Bestimmungen über Erhöhung des Eintrittsgeldes, der vierteljährlichen Extraträger und über Erweiterungen der Kassenleistungen. Die Beiträge und Leistungen sollen sich ab 1. Januar 1922 wie folgt gegenüberstellen:

Table with columns for Klasse, Beitrag, Krankengeld (pro Tag, pro Woche), Sterbegeld. Includes sections for 'Erfahrungsteilung' and 'Zuschußabteilung'.

Das Krankengeld soll auf die Dauer von 52 Wochen gezahlt und das Sterbegeld für je 5 Jahre vollsteuernder Mitgliedschaft um je 30 Mkt. erhöht werden.

Die Beitragsleistung für versicherungspflichtige Mitglieder der Erfahrungsabteilung richtet sich nach dem Grundlohn, der für sie bei ihrer Krankenkasse maßgebend ist. In der Zuschußabteilung müssen die Mitglieder der in Wegfall gekommenen 6. und 7. Klasse in der neuen 6. Klasse steuern. Alle übrigen Mitglieder haben das Recht, sich zu den bisherigen Beiträgen weiter zu versichern oder zu der ihrer bisherigen Klassennummer entsprechenden neuen Klasse überzutreten.

Als Abstimmungstag ist der 27. November 1922 festgesetzt worden. Die endgültige für die Abstimmung in Frage kommende Vorlage geht den Verwaltungsstellen und Abgeordneten in diesen Tagen zu.

Der Zentralvorstand. J. N.: G. Zinke, P. Städtler.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerks zu Berlin.

Die Ausschussmitglieder werden hiermit zu dem am Dienstag, den 22. November 1921 abends 8 Uhr im Landre-Restaurant, Stralauer Str. 64a, stattfindenenden ordentl. Ausschusssitzung eingeladen.

Tageliste: 1. Protokollüberlegung, 2. Beschlüsse für 1922, 3. Sachverhalt über §§ 24, 25, 28, 31 und 47, 4. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung, 5. Bericht über...

Der Vorstand: R. Göttschmann, Vorsitzender, Fr. Kreye, Schriftführer. NB. Die für die Wahlperiode 1922/23 neu hinzugezählten Mitglieder werden in obiger Sitzung keinen Zutritt.

Buchbinder-Gebel-Schneidemaschine

Fabrikat Krause, Schnittlänge 50, fast neu, billig zu verkaufen. Karl Pieten & Co., Düsseldorf, Colonnadenstr. 12a



Grüneblaue Buchbinder-Schneidmaschinen. Heftet L. erhaltlicher Qualität und Farbe zu Vorzugspreisen an jeder Stg. für Männer, Gr. 90/100, mit Band Nr. 30, das Stück. Arbeitsmittel von M. 190-180.

A. C. Volz Berufslehrenabteilung Stuttgart, Mittelstr. 7, Tel. 2356. Bestellen Sie Musterbücher, Eingeliefert von Fachschriften, Buchbestellung beim Bundesrat in Weimar wurde die Qualität meiner Fabrikate als vorzüglich anerkannt.

Kauf alle Handvergoldwerkzeuge Abbildung mit Preisangabe an W. Gerlach, Berlin W. 57, Dönhofsstr. 36 L.

Kauf Bücher sozialistische, auch Zeitschriften, besonders ältere Buchhandlung Streilach, Berlin, Hingoltsdörfer Str. 3a.

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 47

Erscheinungstage: Dargestellt vierteljährlich
1,50 Mk. ohne Postfracht. Nur Postfranz.
Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Moriastr. 56-3.

Berlin, den 20. November 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnette 3 Mark,
für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote
2 Mark; Verfallungsanzeigen usw. 1 Mark.
•• Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten ••

37. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 47. Wochenbeitrag für 1921 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in:

	Männl. Mitgl.	Weibl. Mitgl.
W.-Glabbach	100 Pf.	50 Pf.
Beitragsklasse		
	4 u. 5	3
Galle (Saale)	150 Pf.	80 Pf.
Reichenbach i. C.	60 „	30 „

2. Wir bitten um Angabe der Adresse des Kollegen Max Stolle, geb. 8. Oktober 1886 in Schwiebus. St. ist aus Göttingen plötzlich abgereist, ohne ein ihm vom dortigen Kassierer gegebenes Darlehen zurückzahlen.
Der Verbandsvorstand.

An unsere Mitglieder!

Wir müssen immer wieder darauf aufmerksam machen, daß bei jedem Stellungswechsel die größte Vorsicht geboten ist. Man nehme keine Stellung an, ohne sich vorher bei den zuständigen örtlichen oder Gaubevollmächtigten nach den bestehenden örtlichen und betrieblichen Verhältnissen erkundigt zu haben. Unsere Bevollmächtigten aber ersuchen wir bringend im Interesse der von ihnen vertretenen Mitgliedschaft, auf entsprechende Anfragen umgehend Antwort zu geben. Daß dies nicht immer geschieht, ist bei uns schon mehrfach beklagt worden.

Neue Lohnverhandlungen mit dem „Adel“ nachgesucht und zugesagt.

Die Entwicklung der Wirtschaftslage hat auch das letzte in Weimar abgeschlossene Lohnabkommen mit dem Arbeitgeberverband der Etuis- und Kartonnagenfabrikanten unhaltbar werden lassen. Unsere Verbandsleitung hat darum beim Arbeitgeberverband um neue Lohnverhandlungen nachgesucht. Der Arbeitgeberverband hat diesem Antrag entsprochen. Zeit und Verhandlungsort sind bis zur Stunde noch nicht endgültig bestimmt, doch werden sie in aller Eile, voraussichtlich schon in diesen Tagen stattfinden.

Auch für die Zellpappenindustrie sind neue Verhandlungen beantragt worden. Diese finden am 22. November in Berlin statt.

Gewerkschaften und Kredithilfe der Industrie.

Als der Reichsverband der deutschen Industrie vor einigen Monaten die Absicht zu erkennen gab, dem Reiche in seiner Notlage mit einer großzügigen Kredithilfe beizuspringen, amete man erleichtert auf, weil man annahm, daß jetzt die Möglichkeit gegeben sei, der Entente den unwiderlegbaren Beweis für die ernsthafte Bemühung aller deutschen Erwerbstreife um die Erfüllung des Reparationsprogramms zu beweisen und uns vor einer Katastrophe zu bewahren. Aber schon die Erklärung des Reichsverbandes erregte den Verdacht, daß die sogenannte Kredithilfe nur ein Mittel sei, um dem Großkapital einen auf andere Weise nie und nimmer erreichbaren wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu verschaffen. Allerdings war die Resolution in vieler Hinsicht unbestimmt abgefaßt und vieldeutig. Nunmehr hat der Reichsverband dem Reichszentraler durch eine besondere Abordnung Erklärungen übermittelt, nach denen kein Zweifel mehr bestehen kann, welchen Zwecken die Kredithilfe der Industrie dienen soll. Angefangen von Reichseisenbahnen sollen alle in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe der Privatwirtschaft ausgeliefert werden. Damit haben diejenigen Rechte bekommen, die gegen die Kredithilfe des Reichsverbandes von vornherein das größte Mißtrauen hegten. Man hat das Empfinden, daß die Leute, die solche Beschlüsse fassen, von allen guten Geistern verlassen sein müssen. Man sollte annehmen, daß im Reichsverbande der deutschen Industrie, der für sich das Renommee in Anspruch nimmt, die sogenannten Führer der deutschen Wirtschaft zu seinen Mitgliedern zu zählen, mehr politische Einsicht zu finden wäre. Die Forderungen, die auf eine Auslieferung der öffentlichen Betriebe an die Privatwirtschaft hinauslaufen, lassen sich heute in Deutschland auf legale Weise nicht mehr verwirklichen. Nicht nur die gesamte Arbeiterklasse, sondern auch weite Schichten des Bürgertums werden sich mit aller Kraft dagegen sträuben, daß die wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands mit einem Schlag auf den Stand der vormärzlichen Zeit zurückgeschraubt wird. In den ältesten Schulbüchern kann man schon nachlesen, daß die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens in Deutschland eine der größten Errungenschaften war, die uns und unserer Wirtschaft eine weitgehende Ueberlegenheit über viele andere Staaten sicherte. Hervorragende Eisenbahnfachleute haben sich noch in der neuesten Zeit gegen eine Entstaatlichung der Reichseisenbahn ausgesprochen. Die Forderungen des Reichsverbandes werden gerade das Gegenteil von dem hervorrufen, was geplant war. Während bisher die große Masse der Arbeitnehmer den großkapitalistischen Tendenzen gegenüber noch verhältnismäßig duldsam war und in Anbetracht der Notlage des Reiches bereit gewesen wäre, die Hand zu gemeinsamer Lösung der großen wirtschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit zu reichen, ist jetzt die Parole: „Die Privatwirtschaft — die Gemeinwirtschaft!“ in den Vordergrund gestellt und das werktätige Volk zur Notwehr aufgerufen worden. Die vielversprechende Kreditation hat den Wirtschaftsfrieden zerstört und das Signal zu einer schwerster sozialer Kämpfe gegeben. Man darf annehmen, daß die Forderungen des Reichs-

verbandes der deutschen Industrie nur der Mentalität eines zwar sehr kapitalkräftigen, aber doch immerhin kleinen Kreises entsprechen, und daß im übrigen auch in den Reihen des Unternehmertums eine so plumpe und durch nichts gerechtfertigte Förderung Kopfschütteln erregen muß.

Zu dieser „Kredithilfe der Industrie“ haben die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes folgende Entschlieung gefaßt: „Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sehen in den Vorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industriellen zur Gewährung einer Kredithilfe an das Deutsche Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer knüpfen an die Vorzuschlägen Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu einer schweren Entrechtung und materiellen Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen muß. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung, wenn nicht Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entstaatlichung der Eisenbahnen und sonstiger Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Arbeitsunfähigkeitsgesetzes bedeuten. Der Wortlaut der Entschlieung läßt erkennen, daß allgemein mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich, und damit breite Schichten der Bevölkerung, in eine wachsende unerträgliche Abhängigkeit von den Unternehmern gebracht werden sollen. Die Kreditaktion der Industriellen, die man anfangs als eine „nationale Tat“ ankündigte, und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industriellen als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden. Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung einer Kredithilfe gestellten Forderungen unbedingt ablehnt.“

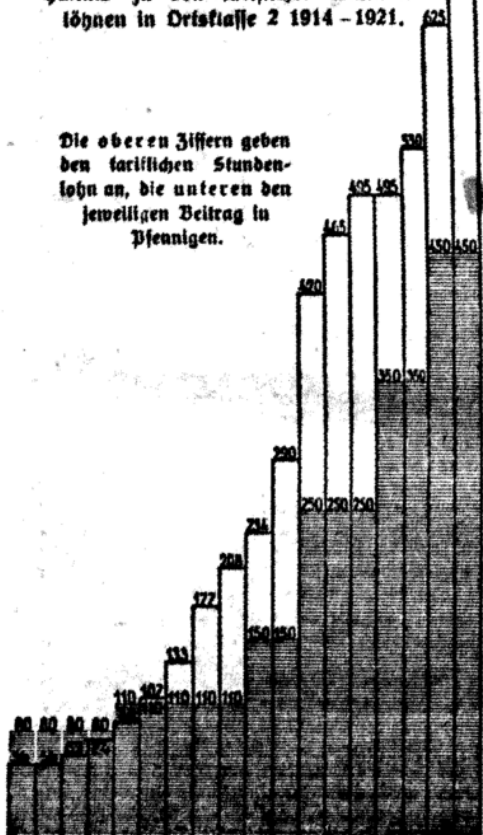
Zur Beitragsregelung.

Nicht nur infolge des andauernd sinkenden Geldwertes, sondern vielmehr noch infolge des sich immer mehr zuspitzenden Verhältnisses im politischen und wirtschaftlichen Leben ist die Neuregelung unserer Verbandsbeitragsfrage gewissermaßen ein Gebot der Stunde. Tatsache und für jedes unserer Mitglieder absolut unerkennbar ist, daß unsere Beiträge den jetzigen Erfordernissen entsprechend nur allzuweit zurückgeblieben sind. In Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ wurde unsern Mitgliedern ein ziffernmäßiger Nachweis hierfür gegeben. Die uns bis jetzt hierzu vorliegenden Äußerungen lassen erkennen, daß in Kreisen unserer Verbandsmitglieder volles Verständnis für eine Neuregelung besteht. Es wäre auch um die gewerkschaftliche Einsicht herzlich schlecht bestellt, müßten wir hier etwas anderes feststellen. Bemerkenswert ist, daß von allen Seiten der recht verspätete Angriff dieser Neuregelung bemängelt wird. Das mag sachlich durchaus richtig sein, doch ist dabei nicht zu vergessen, daß auch unsere Verbandsleitung einige Rücksicht zu nehmen hat auf die materielle Stellung unserer Mitglieder und daß sie zu Belastun-

gen derselben erst kommen kann, wenn die dringende Notwendigkeit hierzu vorliegt.

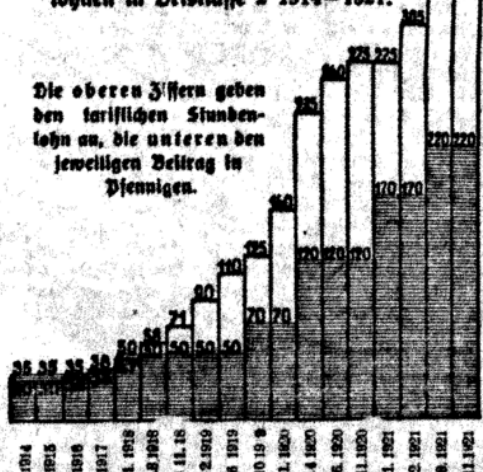
In welchem Ausmaß unsere Verbandsbeiträge zurückgeblieben sind, soll ein Vergleich mit unsern Stundenlöhnen zeigen. Wir bringen hierzu die nachfolgenden graphischen Darstellungen, die das entstandene Mißverhältnis jedem Beschauer auf den ersten Blick zeigen:

Verbandsbeiträge der männlichen Mitglieder in der 5. Beitragsklasse im Verhältnis zu den tariflichen Stundenlöhnen in Ortsklasse 2 1914 - 1921.



Die oberen Ziffern geben den tariflichen Stundenlohn an, die unteren den jeweiligen Beitrag in Pfennigen.

Verbandsbeiträge der weiblichen Mitglieder in der 3. Beitragsklasse im Verhältnis zu den tariflichen Stundenlöhnen in Ortsklasse 2 1914 - 1921.



Die oberen Ziffern geben den tariflichen Stundenlohn an, die unteren den jeweiligen Beitrag in Pfennigen.

Bei diesen Darstellungen sind als Grundlage genommen für die Kolleginnen die 3. Beitragsklasse und für die Kollegen die 5. Klasse und daneben die Lohnsätze unserer Ortsklasse 2 des Buchbindertarifs, da der größte Teil unserer Mitglieder unter diese fällt. Hierbei ist aber auch zu beachten, daß ein weiterer nicht kleiner Teil in ihrer Entlohnung weit besser steht als durch die Lohnsätze der Ortsklasse 2 ziffermäßig zum Ausdruck kommt. Wir erinnern nur an die Kollegenschaft in Berlin, Hamburg und in einer Reihe anderer Orte, in denen durch Befähigungs- und andere Zulagen die Stundenlöhne höhere sind, als sie hier zum Vergleich herangezogen wurden. Da zeigt sich nun, daß bis zur Mitte des Jahres 1918 der Verbandsbeitrag fast immer höher war als ein Stundenlohn betrug. Zum Teil — so bei den männlichen Mitgliedern in den Jahren 1914—1916 — ging er ganz wesentlich darüber hinaus. Nur bei den Kolleginnen blieb er im Jahre 1917 um ganze 3 Pf. hinter dem Stundenlohn zurück. Von der zweiten Hälfte des Jahres 1918 ab überstieg dann der Stundenlohn den zum Vergleich herangezogenen Beitrag in immer stärker werdendem Verhältnis. Bei unsern Kolleginnen bewegte er sich ab 4. Juni 1919 mit einer kurzen Unterbrechung immer unter der Hälfte des Stundenlohnes. Das hat bis heute angehalten. In ähnlichem Verhältnis stehen die Beiträge unserer Kollegen zum Stundenlohn. Auch hier ist seit Ende 1918 ein immer stärker werdendes Ueberwiegen des Stundenlohnes festzustellen, das mit Ausnahme einer kurzen Spanne im Jahre 1920 heute seinen höchsten Stand erreicht hat.

Wir nehmen an, daß unsere Mitglieder aus der bildlichen Darstellung in ihrer Erkenntnis der Notwendigkeit einer Beitragsregelung bestärkt werden.

Arbeitslosenstatistik.

Die günstige Lage des Arbeitsmarktes, die sich im Vormonat bereits zeigte, hat im Berichtsmonat Oktober nicht bloß angehalten, sondern sich noch weiter erheblich gebessert. Dies kommt am deutlichsten zum Ausdruck, wenn man sich daran erinnert, daß an Arbeitslosen und Kurzarbeitern gezählt wurden im August 8393 = 10,7 Proz., im September 5249 = 6,5 Proz. und im Oktober 1728 = 2,1 Proz. Allerdings muß dabei wieder betont werden, daß Berlin mit seinen 15 400 Mitgliedern auch diesmal keine Angaben über Kurzarbeiter gemacht hat. So blamabel dies für unsere größte Zahlstelle mit ihrem reichlichen Beamtensapparat ist, kommt dies bei dem vorstehenden Vergleich doch weniger in Betracht, weil in allen diesen Zahlen die Berliner Kurzarbeiter nicht mit enthalten sind.

Stellt man jedoch nur die Zahl der Arbeitslosen in Vergleich, so ergibt sich allerdings eine kleine Verschiebung zugunsten der Arbeiterinnen, bei denen die Arbeitslosenzahl auf 795 gegen 729 im Vormonat gestiegen ist, während die Zahl der männlichen Arbeitslosen auf 380 gegen 573 im Vormonat fiel.

Als eine Folge des günstigen Arbeitsmarktes kann auch eine weitere Steigerung des Mitgliederstandes auf 83 824 gebucht werden, was einer Steigerung um rund 2000 Mitglieder gegen den Vormonat entspricht.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Sonntag (am Ort und auf der Stelle beschäftigt)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder						
				1920		1919		1918		
	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.	
1920										
Oktober	1499	2439	3938	6,3	4,4	5,0	2,2	0,8		
November	1843	1777	3100	5,7	3,1	3,9	1,5	2,7		
Dezember	1463	1393	2860	6,1	2,5	3,6	1,5	6,5		
1921										
Januar	1508	1741	3249	6,3	3,2	4,1	1,4	19,0		
Februar	1318	1779	3097	5,5	3,1	4,0	0,9	9,1		
März	1163	1332	2485	4,8	2,4	3,1	0,6	6,6		
April	1425	1905	3330	5,9	3,4	4,2	1,1	5,7		
Mai	1458	1903	3361	6,1	3,4	4,2	1,7	4,7		
Juni	1197	1477	2674	5,1	2,7	3,4	2,8	3,6		
Juli	1120	1434	2554	4,6	2,0	3,2	5,2	3,4		
August	909	1122	2031	3,8	2,0	2,5	5,9	3,0		
September	573	729	1302	2,4	1,3	1,8	5,8	2,7		
Oktober	340	795	1171	1,6	1,3	1,4	5,0	2,2		

In noch weit stärkerem Maße als die Zahl der Arbeitslosen ist die der Kurzarbeiter gefallen, und zwar wurden im Berichtsmonat insgesamt nur 553 Kurzarbeiter, gegen 3947 im Vormonat gezählt.

Es arbeiteten in der Berichtswache des September wöchentlich verkürzt um:

1-8	Std. in 5 Betr. m.	14 m. u.	103 w. Perf.
9-16	" " 5 " "	" " 8 " "	63 " "
17-24	" " 13 " "	" " 39 " "	326 " "
25 u. mehr	" " " "	" " " "	" " "

Insgesamt 23 Betr. m. 61 m. u. 492 w. Perf.

Insgesamt arbeiteten verkürzt im:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	weibl.	insgesamt
1920					
Oktober	55	480	8 750	8 576	12 335
November	50	288	2 110	5 020	7 130
Dezember	54	943	2 841	5 784	8 635
1921					
Januar	55	298	2 815	4 083	6 898
Februar	56	257	2 752	4 780	7 282
März	55	366	2 708	5 694	8 492
April	58	258	3 160	5 066	8 226
Mai	55	377	3 042	6 749	10 401
Juni	43	318	3 190	6 044	9 234
Juli	45	803	8 114	6 386	9 500
August	29	198	1 878	4 489	6 367
September	24	142	884	3 064	3 948
Oktober	10	23	61	492	553

Wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich, haben damit die Zahlen der Kurzarbeiter mit 553 im Oktober den tiefsten Stand im Laufe des letzten Jahres erreicht, während im Oktober 1920 mehr als das 20fache an Kurzarbeitern gezählt wurde. Noch stärker tritt der Gegensatz in die Augen, wenn man nur die Zahlen der männlichen Kurzarbeiter vergleicht. Hier wurden jetzt nur 61 gezählt, während im Oktober 1920 3759, also mehr als das 60fache ermittelt wurden.

Die Berichterstattung war eine ziemlich vollständige. Mit Ausnahme von Kessin, Goldberg, Göttingen, Gotha, Ruhla, Freiberg und Freiburg mit zusammen 430 Mitgliedern haben sämtliche Zahlstellen Berichte eingekandt. mk.

Die Entwicklung der Reallohne.

I.-H. Die tiefgehenden Ummwälzungen der europäischen Volkswirtschaften lösen naturgemäß fortgesetzte Kämpfe der einzelnen Klassen um die Verteilung des Produktionsertrages aus. In den europäischen Volkswirtschaften, zumal der bestiegen Staaten, wird infolge der Nachwirkungen des Krieges nach immer weit mehr verbraucht als erzeugt. In dieser Lage ergeben sich naturgemäß fortgesetzte Preissteigerungen, welche wiederum Veränderungen aller Einkommen zur Folge haben. Diese Veränderungen vollziehen sich zuerst in den Einkommen der Unternehmer, die sich zunächst bei steigenden Warenpreisen erhöhen. Nur allmählich rücken dann die Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten nach. In der Öffentlichkeit wird diese Steigerung der Arbeitseinkommen viel stärker beachtet als die vorangegangenen Erhöhungen der Preise. Es ist nun ein Lebensinteresse der Arbeiterschaft, festzustellen, in welchem Tempo die Warenpreise auf der einen Seite, die Löhne auf der anderen Seite sich entwickeln. Eine Feststellung, welche aus diesen Gründen, vor allem weil wir keine zuverlässige Preis- und Lohnstatistik haben, nur mangelhaft möglich ist. Solche Untersuchungen sind in der Tat auch für Deutschland in größerem Umfange erst in den letzten Jahren üblich geworden und es wird in diesen meistens Preisstand und Lebenshaltung des Jahres 1913 mit der Entwicklung seit Kriegsbeginn verglichen. Nun hat sich in dieser Zeit nur eine Entwicklung fortgesetzt, welche sich schon viele Jahre vorher anbahnte. Der Beweis hierfür wird für das amerikanische Wirtschaftsgebiet aus Grund eines sehr genau erforschten und nach vollkommenen Methoden ausgearbeiteten statistischen Materials in einer interessanten Abhandlung der Zeitschrift „The American Economic Review“ vom September dieses Jahres „Ueber die Bewegung der Reallohne 1890—1918“ geführt.

Die Ergebnisse dieser genauen Untersuchung sind auch für die deutsche Arbeiterschaft sehr wichtig, weil sich zeigt, daß sich schon lange vor dem Kriege in